

Warten auf frischen Wind

Vor zwei Jahren brachte die NRW-Landesregierung ein neues Gesetz auf den Weg: Anwohner von Anlagen müssen nun an den Erlösen neu gebauter Räder beteiligt werden. Doch die Vereinbarungen laufen schleppend.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF Die Landesregierung will den Ausbau der erneuerbaren Energien durch finanzielle Anreize vorantreiben und Vorbehalte bei den Bürgern abbauen. Nun liefern neue Daten aus dem NRW-Wirtschaftsministerium einen Eindruck, wie gut das bislang gelingt und wie die Anwohner vom sogenannten Bürgerenergiegesetz profitieren. Den Daten zufolge fielen bis Dezember 255 Vorhaben mit 608 Windenergieanlagen und 3,8 Gigawatt Leistung in den Anwendungsbereich des Gesetzes. „Bei 23 dieser Vorhaben wurde bereits eine individuelle Beteiligungsvereinbarung zwischen Vorhabenträger und Standort-Gemeinde abgeschlossen. Zu 70 Vorhaben liegt ein Beteiligungsangebot als Grundlage für eine Beteiligungsvereinbarung vor“, erklärte ein Sprecher des Ministeriums.

Unter das Gesetz fallen grundsätzlich alle neuen Windenergieanlagen, für die ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens am 28. Dezember 2023 ein vollständiger Genehmigungsantrag eingereicht wurde.

Die Betreiber müssen ab dem Zeitpunkt der Genehmigung allen Gemeinden im Umkreis von 2,5 Kilometern und deren Einwohnern ein Beteiligungsangebot machen. Das kann von der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen über günstige Stromtarife bis hin zu pauschalen Zahlungen an die Anwohner reichen. Ein Jahr haben die Firmen Zeit, um sich zu einigen. Gelingt es in diesem Zeitraum nicht, werden sie zu einer sogenannten Ersatzbeteiligung bis zum Betriebsbeginn verpflichtet. Liegt dann immer noch keine Einigung vor, drohen Strafzahlungen.

Die Opposition sieht in den nun vorgelegten Daten ein Zeichen für die Schwächen des Verfahrens. Dietmar Brockes, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: „Wenn von 255 Vorhaben mit über 600 Windenergieanlagen bislang nur in 23 Fällen eine abgeschlossene Beteiligungsvereinbarung vorliegt, ist das ein Beleg für die komplizierten Verfahren und die überflüssige Bürokratie, die das Bürgerenergiegesetz geschaffen hat.“

NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) hält dagegen und verweist darauf, dass schon fast 100 unterschiedliche Beteiligungsmodelle umgesetzt wurden. „Diese Projekte sind Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Bürgerbeteiligung in einem und machen deutlich, dass es richtig war, diesen Schritt zu gehen.“ Die bundesweit einzigartige Transparenzplattform sei ein entscheidendes Instrument für mehr Beteiligung und Transparenz bei Windenergievorhaben. Rückmeldungen von Unternehmen und Kommunen werde man auch in Zukunft nutzen, um das Gesetz falls nötig anzupassen, versprach Neubaur.

Ihrem Ministerium zufolge ist das mit Abstand am meisten angewandte Beteiligungsmodell für die Gemeinden eine Zahlung in Höhe von jährlich 0,2 Cent je Kilowattstunde. Für eine moderne Windenergieanlage fallen dann 20.000 bis 30.000 Euro pro Jahr an. Für die Beteiligung der Einwohner würden vor allem Beteiligungen an der Projektgesellschaft, Angebote zur Beteiligung an der Investition etwa in Form von festverzinslichen Nachrangdarlehen, die Finanzierung gemeinnütziger Stiftungen und Vereine sowie das Angebot vergünstigter lokaler Sparprodukte gewählt. „Einige Be-



Blick auf ein Windrad, das in Bad Berleburg steht. Anwohner und Kommunen müssen am Erlös neuer Anlagen beteiligt werden.

FOTO: FEDERICO GAMBARINI/DPA

teiligungsvereinbarungen enthalten pauschale Zahlungen an Anwohner oder auch ein Angebot über den Kauf einer oder mehrerer Windenergieanlagen, etwa durch lokale Bürgerenergiegesellschaften“, so der Sprecher. Die Rückmeldungen seien überwiegend positiv.

Arnim Grothe, Experte vom Landesverband erneuerbare Energien NRW, bestätigt den Eindruck des Ministeriums: „Das Gesetz funktioniert sehr gut. Das sieht man an den hohen Zahlen von Projekten, die inzwischen vorangetrieben wurden.“ Grothe zufolge ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass noch nicht so viel abgeschlossen worden sind. Der Prozess benötige eine gewisse Zeit. „Es ist gut, dass durch das Gesetz gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Alle müssen etwas für die Beteiligung tun, aber die Form ist nicht zu straff vorgegeben“, sagt er. Bislang habe es noch keinen einzigen Fall gegeben, in dem eine Ersatzbeteiligung nötig wurde. „Das zeigt, dass alle Beteiligten dort engagiert mitmachen.“ NRW sei das dritte Land, das ein solches Verfahren eingeführt habe, aber das erste, das Bürger und Kommunen gleichermaßen beteiligt. „Natürlich ist das eine zusätzliche finanzielle Belastung für die mittelständisch geprägte Branche. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Transporte wegen maroder Brücken immer schwieriger werden und auch die Komponenten sich massiv verteuert haben. Da muss man natürlich mit spitzem Bleistift rechnen, um die Wirtschaftlichkeit sicherzustellen.“

André Stinka, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hält ebenfalls die Grundidee des Bürgerenergiegesetzes für richtig, fügt jedoch hinzu, dass die Gewinnbeteiligung pro Windrad zu niedrig bleibe, die Erlöse kämen selten den Anwohnern direkt zugute und eine Ausweitung der Regelung auf Solarparks sei weiterhin nicht vorgesehen. Stinka sieht auch ein Problem darin, dass vor allem die simpelsten Umsetzungsformen des Gesetzes am ehesten gewählt werden, wonach die Kommunen eine Abgabe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde erhalten, nicht jedoch die Beteiligungsformen Verbreitung finden, die am meisten Zuspruch erzeugen und bei den Menschen direkt ankämen – etwa vergünstigte Stromtarife für die Anwohner.

Portugiesen wählen neues Staatsoberhaupt

LISSABON (ap) In Portugal haben die Präsidentschaftswahlen begonnen. Die knapp elf Millionen Berechtigten hatten am Sonntag die Wahl zwischen zehn Bewerbern und einer Bewerberin für die Nachfolge von Staatschef Marcelo Rebelo de Sousa, der nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren darf. Zu den Favoriten gehören der Chef der rechtspopulistischen Partei Chega, André Ventura, der Konservative Luís Marques Mendes, der frühere Parteichef der Sozialisten, António José Seguro, und der pensionierte Konteradmiral Henrique Gouveia e Melo, der als Unabhängiger kandidiert.

Syrische Armee stößt weiter nach Osten vor

TABKA (ap) Die kurdisch geführten Syrisch-Demokratischen Kräfte (SDF) versuchen offenbar, den anhaltenden Vormarsch von Regierungstruppen in Richtung Osten zu verlangsamen. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana meldete am Sonntag, kurdische Kräfte hätten eine Brücke in der Stadt Tabka gesprengt, offenbar um das Vorrücken der Regierungstruppen zu behindern.

Museveni siegt offiziell bei Wahl in Uganda

KAMPALA (ap) Bei der von Gewalt und einer Internetblockade überschatteten Präsidentschaftswahl in Uganda ist Amtsinhaber Yoweri Museveni nach offiziellen Angaben für eine siebte Amtszeit wiedergewählt worden. Der 81-Jährige habe bei dem Urnengang am Donnerstag rund 71,7 Prozent der Stimmen erhalten, teilte die Wahlkommission am Wochenende mit. Der 43-jährige Oppositionsführer Bobi Wine, der „massive Wahlfälschung“ anprangert, kam demnach auf rund 24,7 Prozent.

US-Richterin begrenzt Macht der Bundespolizei

WASHINGTON (ap) Im Streit um das brutale Vorgehen der US-Einwanderungspolizei ICE hat eine Bundesrichterin deren Befugnisse im Bundesstaat Minnesota begrenzt: Friedliche Protestierende und Autofahrer dürften nicht festgenommen oder mit Pfefferspray vertrieben werden, erklärte Bundesrichterin Katherine Menendez.

Sozialbeiträge sind die Hauptsorge

Eine Umfrage hat die aktuelle Stimmung bei Familienunternehmen ermittelt.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Die hohen und voraussichtlich weiter steigenden Sozialabgaben sind erstmals die größte Zukunftssorge der Familienunternehmen in Deutschland. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Verbandes „Die Familienunternehmer“ unter knapp 1000 Mitgliedsunternehmen.

Demnach rangiert der Anstieg der Sozialabgaben zum ersten Mal seit Beginn der Erhebungen 2018 auf Platz eins der größten Sorgen. 87 Prozent der Firmen befürchten weitere Beitragsanstiege für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und damit höhere Lohnnebenkosten. Diese Sorge hat die Last durch bürokratische Berichtspflichten auf Platz zwei der größten Sorgen verdrängt. Diese plagen aber weiterhin 83 Prozent der Familienunternehmen. Die Verkrustung des Arbeitsrechts liegt wie im Vorjahr auf Platz drei der Sorgen.

Aus demografischen Gründen und wegen wieder steigender Arbeitslosigkeit, aber auch wegen des technischen Fortschritts nehmen die Ausgaben der Sozialversicherungszweige deutlich zu. Für die Pflegeversicherung stiegen die Beiträge zum 1. Januar 2026. Auch viele Krankenkassen erhöhen die Zusatzbeiträge. Für die Rentenversicherung werden in den kommenden Jahren deutliche Beitrags-

anstiege erwartet, weil dann große Gruppen der sogenannten Babyboomer-Generation in Rente gehen werden.

Experten halten einen Anstieg des Gesamtversicherungsbeitrags von derzeit knapp 42 bis 2035 auf 50 Prozent eines Brutto-Monatsgehalts für möglich, wenn nicht mit Reformen

38 Prozent der Unternehmer erwarten für 2026 ein Wachstum ihres operativen Geschäfts

gegengesteuert wird. Die Beitragszahlungen teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte.

Für das Jahr 2026 erwarten die Familienunternehmer der Umfrage zufolge eine leichte konjunkturelle Erholung. Die Talsohle sehen sie nach drei Jahren Rezession und Stagnation durchschritten: 38 Prozent der Unternehmer erwarten für 2026 ein Wachstum ihres operativen Geschäfts. Im Vorjahr waren es nur 31 Prozent. Dennoch liegt dieser Wert noch deutlich unter den Vor-Corona-Niveaus (59 bis 69 Prozent).

Auch am Arbeitsmarkt bleibt die Lage aus Sicht der Unternehmen angespannt. Zwar ist die Zahl der Betriebe, die befürchten, Arbeitsplätze abbauen zu müssen, leicht gesunken, doch planen weiterhin mehr Unternehmen Stellenstreichungen

(25 Prozent) als Neueinstellungen (21 Prozent). Die Ausbildungsberufschaft verharrt auf niedrigem Niveau: 24 Prozent der Unternehmen wollen nicht ausbilden.

„Wir Familienunternehmer wollen 2026 gerne optimistisch beginnen. Doch dass ein weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten erstmals auf Platz eins der Sorgenliste unserer Unternehmer steht, zeigt, wie dringend die Bundesregierung hier mit Reformen beginnen muss“, sagte Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann.

Ein ähnliches Bild vermittelt die diesjährige Konjunkturumfrage des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB). Ihre aktuelle Geschäftslage schätzen demnach 44,4 Prozent der befragten 1500 Freiberufler als gut ein, 42,4 Prozent als befriedigend und 13,2 Prozent als schlecht.

Verglichen mit den Vorjahreswerten verbessert sich die Stimmung nur leicht: Im Winter 2024 beurteilten 40,8 Prozent der Befragten ihre Lage als gut, 43,6 Prozent als befriedigend und 15,6 Prozent als schlecht. Allerdings zeigt sich ein durchaus differenziertes Bild: Nur die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberufler beurteilen ihre Lage mehrheitlich als gut. Danach folgen die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe und die Kulturberufe. Deutlich gedämpft ist die Stimmung hingegen bei den Heilberufen.

Jesiden fordern mehr Unterstützung

BERLIN (mdu) Jesiden in Deutschland vermissen drei Jahre nach der Bundestags-Anerkennung des Völkermords an der religiösen Minderheit durch den Islamischen Staat Konsequenzen. „Wir hatten zu Beginn viel Hoffnung, dass durch diese Anerkennung – zumal sie einstimmig war – das Leben der Jesiden in Deutschland sichtbarer wird“, sagte der Vorsitzende des Zentralrats der Jesiden in Deutschland, Irfan Ortac, unserer Redaktion. „Das wurde uns im Bundestagsantrag versprochen, aber tatsächlich haben die Regierungen in Bund und Ländern davon fast nichts umgesetzt.“

Er verwies auf die 20 Forderungen, die in dem Antrag enthalten waren. „Ein Punkt war etwa die Errichtung eines Lehrstuhls zur Religion und Kultur der Jesiden und dem Genozid an einer Universität. Das wäre aber Ländersache, daher haben Bund und Länder das Thema Hin und Her geschoben, weil die Länder vom Bund eine Garantie für die Finanzierung wollen. Wir als Zentralrat haben zudem vor zweieinhalb Jahren einen Antrag für einen Gedenkort in Deutschland gestellt.“

Jesiden sollten laut dem Antrag auch nicht voreilig abgeschoben werden. Genau das Gegenteil passiere. Man schiebe erst einmal die Gruppe ab, die kaum eine Lobby habe. Am 19. Januar 2023 hatte der Bundestag die IS-Verbrechen an Jesiden als Völkermord anerkannt.

Grüne Jugend beleidigt Söder und bittet um Entschuldigung

BERLIN (apf/dpa) Ein Video von Grüne-Jugend-Chef Luis Bobga, in dem er den CSU-Vorsitzenden Markus Söder beschimpft, hat scharfe Kritik und Rücktrittsforderungen aus der Union ausgelöst. „Wer so etwas sagt, ist nicht länger tragbar“, sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann der „Bild am Sonntag“. Bobga hatte zu Musik des Künstlers Haftbefehl mitgerappt; als das Wort „Hurensohn“ fiel, wurde ein Bild von Söder eingeblendet. Bobga bildet seit Oktober zusammen mit Henriette Held das neue Führungsduo der Grünen-Nachwuchsorganisation. In dem bei Instagram veröffentlichten Video kritisierte er den Vorschlag Söders, die Zahl der Bundesländer in Deutschland zu verringern.

Der Chef der Unionsfraktion im Bundestag, Jens Spahn (CDU), sagte der „Bild am Sonntag“: „Wenn Demokraten so miteinander umgehen, dann können wir der AfD gleich die Schlüssel geben.“ Von den Grünen sei eine Entschuldigung fällig, forderte er. Auch CSU-Generalsekretär Martin Huber forderte, die grüne Parteispitze müsse sich entschuldigen „und ihren unter

Demokraten inakzeptablen Nachwuchs zur Rechenschaft ziehen“. Der grüne Bundestags-Vizepräsident Omid Nouripour äußerte sich ebenfalls kritisch, Söders eigene Attacken rechtfertigten keine Entgleisung unter der Gürtellinie. „Jeder sollte seinen Beitrag zum Anstand leisten“, sagte er.

Bobga bat später um Entschuldigung. Mit seiner Kommunikation in den sozialen Medien wolle er „junge Menschen erreichen und ihr Interesse an Politik wecken und stützen“, erklärte er. Dazu gehöre es, sich an Musik aus der Jugendkultur zu bedienen. „Nun ist hierbei die Auseinandersetzung mit dem Inhalt von Herrn Söders Aussage auf der Strecke geblieben, das bedauere ich“, führte Bobga aus. „Zudem war es nie mein Ziel, ihn mit dieser Beleidigung direkt anzusprechen.“ Dass dies durch den von ihm ausgewählten Song passiert sei, tue ihm leid.

Brandenburgs Staatskanzlei hatte bereits zuvor mit einer augenzwinkernden Warnung auf die Debatte über Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) zu Länderfusionen reagiert. „Noch so'n Ding und wir lassen unsere Wölfe frei ...“, schrieb die Staatskanzlei in Potsdam bei Instagram. FOTO: DPA

